Politische Bildung: Zuerst die Missverständnisse ausräumen, dann debattieren!

Category: Blog
geschrieben von Georg Geiger | 24. Januar 2020



Am 6. Januar ist von mir ein Beitrag unter dem Titel „Politische Bildung: Sich um die Welt als Ganzes Sorgen machen“ erschienen. Die Condorcet-Redaktion hat

dann direkt unter dem Titel noch eine verwirrende Frage dazugesetzt: „Soll ein Fach ‚Politische Bildung' eingeführt werden, wie die Historikerin Béatrice Ziegler fordert? Condorcet-Autor Georg Geiger ist skeptisch." Einspruch, Euer Ehren. Gegenüber der Einführung dieses Faches bin ich nicht skeptisch, denn an meiner Schule (lieber Leser, liebe Leserin, leider darf ich gemäss einer Weisung meiner Vorgesetzten nicht öffentlich sagen, an welcher Schule ich genau unterrichte. Es ist mir nur gestattet zu verraten, dass ich an einem der fünf Basler Gymnasien unterrichte …) habe ich selbst massgeblich an der Erarbeitung eines entsprechenden Lehrplanes mitgewirkt, und ich habe dieses Wahlpflichtfach, das als Doppelstunde während eines halben Jahres im zweitletzten Jahr vor der Matur angeboten wird, bereits zweimal durchgeführt.

> *Gegenüber der Einführung dieses Faches bin ich nicht skeptisch, wie Alain Pichard behauptete.*

Skeptisch bin ich nur, dass Frau Ziegler der Meinung ist, dass nur Lehrkräfte mit einer speziellen didaktischen Zusatzausbildung Politische Bildung unterrichten sollten. Die Fachhochschule verteidigt so einfach ihre Vormachtstellung und will, dass auch in diesem neuen Fach niemand an der Fachhochschule vorbeikommt. Ich finde, dass alle politisch interessierten LehrerInnen, die ja in ihren Fachausbildungen didaktisch bereits geschult worden sind, kompetent genug sind, als Citoyen und Citoyenne die Jugendlichen in aktuelle politische Zusammenhänge einzuführen.

> *Dieses interdisziplläne Hybridfach RZG („Räume, Zeiten, Gesellschaften") ist eine Pfuscherei und die SchülerInnen in der Volksschule sind die Leidtragenden.*

Skeptisch bis ablehnend dagegen bin ich gegenüber der Situation auf der SekI-Stufe, denn dort wird nicht über die Einführung eines zusätzlichen Angebotes „Politische Bildung" verhandelt, sondern dort hat man bekanntlich die bisher mit je zwei Jahresstunden dotierten Fächer Geschichte und Geographie zusammengelegt und dabei eine Jahresstunde gestrichen. Und man akzeptiert stillschweigend, dass eines von den beiden Teilfächern oft fachfremd unterrichtet wird. Für die Schülerinnen und Schüler, die mit 16 Jahren definitiv aus der Schule in die Berufswelt wechseln, bedeutet dies eine klare Verschlechterung im Zusammenhang mit dem politischen Grundwissen. Dieses interdisziplläne

Hybridfach RZG („Räume, Zeiten, Gesellschaften“) ist eine Pfuscherei und die SchülerInnen in der Volksschule sind die Leidtragenden.



Felix Schmutz, BL: Schülerparlamente sind verkrampfte Alibi-Übungen.

Am 13. Januar hat Felix Schmutz kritisch Stellung genommen zu meinem Beitrag. Er fragt sich darin, wie sich Politische Bildung und das Grundlagenfach Geschichte auf der SekII zueinander verhielten. Ganz einfach: An meiner Schule müssen die SchülerInnen ein Projekt abliefern, das benotet wird. Diese Einzelnote fliesst dann entweder in die Jahresnote für Geschichte, Wirtschaft+Recht oder Geographie, je nachdem, welche Lehrkraft Politische Bildung gerade unterrichtet.

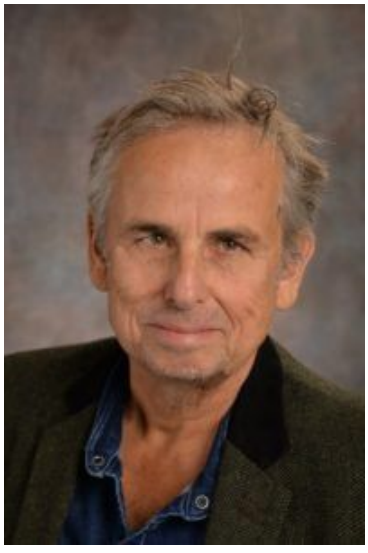
Schülerparlamente sinnvoll?

Dann unterstellt mir Felix Schmutz, dass ich auf der SekI politische Bildung interdisziplinär anbieten möchte. Von Schülerparlamenten, „die meist krampfhaft von Lehrpersonen am Leben erhalten werden müssen“, hält er nicht viel, denn das Ganze sei oft eine reine „pädagogische Alibiübung von Erwachsenen“. In der Volksschule soll man kein neues Fach einführen, da bin ich genau gleicher Meinung wie Du, lieber Felix Schmutz. Aber man soll Geschichte und Geographie wieder zu zwei eigenständigen Fächern mit je zwei Jahresstunden aufwerten,

dann hat dort vielleicht auch so etwas wie Politische Bildung ein bisschen Platz! Und SchülerInnen-Parlamente halte ich nur dann für eine krampfhafte Alibi-Übung, wenn es dort nichts Reales zu besprechen und zu entscheiden gibt. Voraussetzung dafür, das schulische Partizipationsstrukturen, wie sie Alain Pichard am 15. Januar im Condorcet-Blog unter dem Titel „Partizipation statt Konzepte“ als ein Stück gelebter Schuldemokratie anschaulich schildert, wirklich sinnvoll sind, ist aber, dass die Schulleitungen und die Kollegien den Jugendlichen auch tatsächlich Entscheidungsbefugnisse anvertrauen. Doch in der heutigen Zeit haben wir ja auch als Lehrkräfte zunehmend nichts mehr wirklich mitzubestimmen. Die Entdemokratisierung steht in eklatantem Widerspruch zum permanenten Gerede von Partizipation. Das nervt. Aber sowohl Kollegien wie Schülerparlamente müssen sich diese Mitbestimmungsrechte aktiv zurückholen. Die gibt’s nicht gratis. Für die muss man kämpfen. Und das ist eben gelebte Politik!

> *Die Entdemokratisierung steht in eklatantem Widerspruch zum permanenten Gerede von Partizipation. Das nervt. Aber sowohl Kollegien wie Schülerparlamente müssen sich diese Mitbestimmungsrechte aktiv zurückholen. Die gibt’s nicht gratis. Für die muss man kämpfen. Und das ist eben gelebte Politik!*

Alain Pichard verdreht meine Gedanken



Alain Pichard, Lehrer SekI: Wirkung von

Unterricht ist beschränkt.

Alain Pichard meldete sich am 15. Januar noch mit einem zweiten Beitrag „Ja kein neues Schulfach mehr!“ zu Wort. Darin hängt er mir wieder mal den Weltverbesserer-Mantel um und vermittelt den Eindruck, ich sei so naiv, „mithilfe eines interdisziplinären Faches die ganze Welt retten“ zu wollen. Um Gottes Willen, wie werden mir hier meine Gedanken verdreht und verbogen! Ich weiss wie Du, lieber Alain, dass die Wirksamkeit von Schule sehr beschränkt ist und dass man in einem Zusatzfach „Politische Bildung“ nur ganz elementares Wissen vermitteln kann. Und auch ich finde, dass die Etablierung und Stärkung von SchülerInnen-Parlamenten eigentlich viel wichtiger ist als ein neues Schulfach. Diese Strukturen muss man aber beharrlich pflegen, die wachsen nur sehr langsam. Und auch die Gesamtkonferenzen der Lehrkräfte müssen wieder zu einer Art Schul-Parlament werden, wo die Lehrerinnen und Lehrer debattieren und auch substantiell etwas zu entscheiden haben.

Politische Bildung als dauerhaften Auftrag verstehen



Politische Debatten in die Schule bringen

An unserer Schule haben wir bei den allgemeinen Bildungszielen im neuen Fach „Politische Bildung“ klar zum Ausdruck gebracht, dass wir politische Bildung als einen dauerhaften Auftrag an unserer Schule verstehen.Wir beginnen den Kurs jeweils mit einer klassenübergreifenden Startveranstaltung, die von den Lehrkräften meist an einem ausserschulischen Ort auf die Beine gestellt wird. Kernstück des neuen Faches ist es, pro Klasse ein oder mehrere Themen zu finden, die für die Jugendlichen relevant und von Interesse sind. Das zentrale Bildungsziel haben wir folgendermassen umschrieben: „Wir erkennen und formulieren, was uns als gesellschaftliche Wesen etwas angeht, wir bemühen uns, sachlich die Widersprüchlichkeit und die Komplexität eines Themas besser verstehen zu lernen, und wir tragen unser Thema und unser Anliegen in einen öffentlichen Raum und stellen uns den Diskussionen, die sich daraus ergeben.“

Das können dann etwa Podiumsdiskussionen an der Schule sein, Debatten mit Direktbetroffenen ausserhalb der Schule, eine Radiosendung, eine Ausstellung, eine Infoveranstaltung mit Fachleuten oder der Besuch einer historischen Stätte oder die Lancierung einer Petition. Das rettet alles noch nicht die Welt, aber das gehört zum Rüstzeug eines politischen Bewusstseins, das es in unserem Staate dringend braucht! So hab ich das gemeint.